

Zweifelhafter Fischzug im Spitalnetz

Die Häufung von Meldungen aus der Spitallandschaft des Kantons Bern fällt auf, überrascht aber eigentlich nicht. Im Hinblick auf die schweizweite Einführung der Kostenabrechnung über Fallpauschalen rüsten die Spitäler auf. Für den in Zukunft noch härteren Kampf um möglichst hohe Fallzahlen, d.h. Patientinnen und Patienten, gilt es gut positioniert zu sein. Die Rhetorik ist eindrücklich: je mehr gebaut wird, desto mehr kann gespart werden, nämlich Personal. Nur: wer soll sich um die „Fälle“ kümmern, umso mehr als die „Stückzahlen“ drastisch erhöht werden müssen, wie ein CEO eines Spitals kürzlich sagte?

„Der Bund“ berichtet in dieser Woche am 10. Mai über Probleme mit den Löhnen infolge Problemen mit der Pensionskasse im Inselspital und heute über die „kostensparenden“ Baupläne der Spitalnetz Bern AG und über die Auslagerung der Alterspflege der Spitalregion Oberraar (SRO AG). Der heutigen „Berner Zeitung“ ist zu entnehmen, dass das Geld für das Bauvorhaben der Spitalnetz Bern AG vorhanden sei.

Der Systemwechsel zur marktgeleiteten Finanzierung der Spalkosten über Fallpauschalen wird mit der dringend notwendigen Kostensenkung begründet. Die besten und kostengünstigsten Spitäler würden die nicht rentablen auf natürliche Art und Weise verdrängen. Das Abrechnungssystem über Fallpauschalen wird 2012 in der ganzen Schweiz obligatorisch. Der Staat hat dabei sowohl auf Bundes-, als auch auf Kantonsebene die Pflicht die Versorgung sicherzustellen über Leistungsverträge und Spitalisten. Freier Markt und Planwirtschaft Hand in Hand und gleichzeitig Kosten senken. Wie wird das gehen?

Was wir bereits heute wissen und erfahren: Der Kanton überlässt die Gestaltung der Arbeitsbedingungen seinen Aktiengesellschaften, den Spitälern.

Die Arbeitsbedingungen für die Pflegenden und die andern Mitarbeiter/-innen der Spitäler haben sich schon vor der Einführung der Fallpauschalen verschlechtert:

- Die Lohnentwicklung steht hinter den kantonalen Angestellten zurück. Die Lohnrunde 2010 mit den GAV-Spitälern war ausserordentlich schwierig. Die Ergebnisse sind unbefriedigend und verheissen nichts Gutes für das nächste Jahr
- Restrukturierungen führen zu Kündigungen, Verunsicherung und Mehrbelastung der verbleibenden Mitarbeitenden.
- Die Anstellungsbedingungen werden bis an die Grenze des Erlaubten „flexibilisiert“

Was wir aber auch wissen:

Bund, Kantone, Berufsverbände und Organisationen der Arbeitswelt (OdA) investieren mit guten Gründen personelle und finanzielle Ressourcen in die Ausbildung der Gesundheitsberufe, insbesondere in die Pflegeberufe, weil sich der bestehende Mangel an gut qualifizierten Pflegenden um ein Vielfaches vergrössern wird (Nationaler Versorgungsbericht 2009).

Wohin soll diese Reise denn gehen? Wer sitzt im Cockpit?

Für Rückfragen:

Dr. Barbara Dätwyler, Präsidentin SBK Bern, 079 256 26 15

Manuela Kocher, Verantwortliche Sozialpartnerpolitik SBK Bern, 079373 73 16